

14 Jahre ulb - Rückblick und Standortbestimmung

Gründung

Mit viel Schwung, Begeisterung und Engagement startete die Umweltliberale Bewegung des Kantons St.Gallen (ULSG, seit 2004 ulb) im Mai 1993 in die politische Arena. Besorgte Mitglieder der FDP hatten seit Mitte der achtziger Jahre eine zunehmende Desorientierung und fortschreitende Schwächung der Mitteparteien festgestellt. Der Fall der Berliner Mauer 1989 beschleunigte innenpolitisch den Prozess der Um- und Neuorientierung unseres Landes. An ihrer ersten Hauptversammlung vom 28. Mai 1994 in Wattwil gab sich die ULSG ein "Umweltliberales Weltbild" als verpflichtende politische Leitlinie.

Es zeigte sich, dass die ULSG anfänglich bei vielen Mitgliedern der FDP auf Offenheit und Interesse stiess, andere Mitglieder hingegen gingen eher auf kritische Distanz. Trotzdem politisierte die junge Bewegung unbeirrt weiter und zählte auf den positiven Effekt ihrer Arbeit. Die bisherigen Präsidenten und Vizepräsidenten steuerten das Schiffchen mit viel Idealismus, Initiative, Sachverstand und Gestaltungskraft durch die Zeit: Johannes Rutz, Politologe (1993-1997), Reto Zingg, Sekundarlehrer (1997-1999), Dr.oec. Hanspeter Haltner, Direktor (1999-2005). Sie wurden unterstützt von den Mitgliedern des Vorstandes, namentlich von den Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten: Prof. Dr. Hans Christoph Binswanger, Umweltökonom der Universität St.Gallen, Prof. Dr.iur. Regula Kägi-Diener, Dozentin für Öffentliches Recht und für Umwelt- und Raumplanungsrecht an der Universität St.Gallen, Dr. Claudia Klinkmann, Historikerin, Yolanda Kappeler, Juristin.

Liberalismus und Nachhaltigkeit als Leitideen

Die ulb betreibt eine bürgerliche Politik, welche die Werte des Liberalismus hochhält und sich gleichzeitig leiten lässt von der Zielvorstellung einer ausgewogenen Entwicklung in ökonomischer, ökologischer und sozialer Hinsicht.

Die Leitidee der Nachhaltigkeit ist eine notwendige Weiterführung des liberalen Gedankens, in dessen Zentrum Freiheit und Verantwortung stehen. Angesichts der enormen technologischen Eingriffsmöglichkeiten des Menschen auf die natürliche Umwelt muss sich die Verantwortung auch auf kommende Generationen erstrecken, damit diese die gleichen Freiheiten und Spielräume haben, ihr Leben als Individuum und als Mitglied eines Gemeinwesens zu gestalten. Die derzeit lebenden Menschen und die kommenden Generationen sollen sich zukünftig nicht mit freiheitsberaubenden Folgeproblemen unvernünftigen Handelns konfrontiert sehen, welche entstehen durch eine drastische Klimaerwärmung, versiegende natürliche Ressourcen, eine geschädigte Umwelt und riesige staatliche Schuldenberge.

Vorschläge in Konzeptpapieren

Gemäss ihrem Selbstverständnis als Trägerin einer Vorreiterrolle packte die Bewegung gesellschaftspolitische Themen an und entwickelte Lösungen dazu. Es entstanden mehrere Positions- und Konzeptpapiere. Beispiele:

Ökologische Steuerreform

Ökologischer Umbau der Landwirtschaft

Europapolitik

Gemeinschaftsdienst

CO₂-Abgabe

Einige der Postulate sind inzwischen - teilweise zumindest - verwirklicht: Die Kooperation mit der EU ist in der Zwischenzeit intensiviert worden durch die Bilateralen Verträge, die Landwirtschaftspolitik bewegt sich auf dem „ökologischen Weg“.

Für die Verwirklichung der übrigen Vorschläge, namentlich für die ökologische Steuerreform und für die Förderung erneuerbarer Energien sowie für den Gemeinschaftsdienst, wird sich die ulb weiterhin tatkräftig engagieren.

Parolen zu Abstimmungsvorlagen

Konsequent werden in der ulb alle politischen Vorlagen nach der Leitidee der Nachhaltigkeit und den Werten des Liberalismus diskutiert und beurteilt. Die Parolen zu städtischen, kantonalen und gesamtschweizerischen Abstimmungsvorlagen stimmen nicht immer mit der Parolenfassung der FDP des Kantons St.Gallen überein. Umso mehr freut es die ulb, wenn ihre Parolenfassung sich mit derjenigen der FDP Schweiz deckt, welche den Gedanken der Nachhaltigkeit ebenfalls seit den neunziger Jahren in einem Positionspapier festhält.

Beispiele:

- Ja-Parole zur Alpen-Initiative (20. Februar 1994)
- Energie-Umwelt-Initiative 24.9.2000: Die ulb unterstützte die Energielenkungsabgabe (Gegenentwurf zur zurückgezogenen Energie-Umwelt-Initiative), weil sie als Einstieg in die ökologische Steuerreform gedacht war
- Solar-Initiative 24.9.2000: Die ulb lehnte sowohl die Initiative als auch den Gegenentwurf ab, weil sie zusätzliche Steuern bedeuteten und eine Verzerrung des Energiemarktes mit sich brachten.

Es ist hervorzuheben, dass die ulb auch kulturellen und sozialen Anliegen positiv gegenüber steht, was die Parolen der Regionalgruppe St.Gallen zu städtischen Vorlagen belegt:

- Ja-Parole für den Aufbau des für die Expo 2002 gebauten Mummenschanz-Theatergebäudes in St.Gallen;
- Ja-Parole für die Erweiterung des Museums der städtischen Kunstsammlung in 2003;
- Nein-Parole gegen die Kürzung der kantonalen Ergänzungsleistungen für Rentner und Rentnerinnen (Schutz der sozial Schwächsten).

Aufgrund ihrer offenen Haltung gegenüber der Zusammenarbeit mit der EU bejahte die ulb mit grosser Überzeugung folgende Abstimmungsvorlagen:

- Das Referendum über die Bilateralen Verträge I (21. Mai 2000);
- Das Referendum über das Schengen/Dublin Abkommen (5. Juni 2005);
- Das Referendum über die Erweiterung der Personenfreizügigkeit mit den 10 neuen Mitgliedsländern der EU (25. September 2005).

Gesellschaftspolitisch ist die ulb offen für Neuerungen:

- Ja Parole zur Mutterschaftsversicherung im Jahre 2004;
- Ja-Parole zum Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare (5. Juni 2005);
- Ja-Parole über die Änderung des Arbeitsgesetzes für bewilligungsfreie Ladenöffnungszeiten an Sonntagen in grösseren Bahnhöfen und in Flughäfen (27. November 2005).

Teilnahme an Wahlen - Übernahme von politischer Verantwortung

Mit einer vollen Liste, bestehend aus sechs Frauen und sechs Männern, nahm die damalige ULSG an den Nationalratswahlen 1995 teil. Sie erreichte kantonsweit einen Stimmenanteil von

1.9 Prozent und verhalf damit der FDP, mit der sie eine Listenverbindung eingegangen war, nach einer langen rückläufigen Phase wieder zu einem Stimmenanteilsgewinn. Ganz knapp reichte es nicht für den dritten Nationalratsstz.

In verschiedenen Bezirken beteiligte sich die ULSG mit eigenen Kandidaten auf den Listen der FDP an den Kantonsratswahlen 1996. Eine Kandidatin wurde gewählt, je zwei landeten auf dem ersten, dem zweiten und dem dritten Ersatzplatz. Zurzeit vertreten drei Kantonsräte die ulb im Rat: Dr. med. René Bär, Uzwil, Dr. iur. Christoph Bürgi, St.Gallen, Rechtsanwältin Marie-Therese Huser, Wagen bei Rapperswil.

Bei den Wahlen in das Gemeindeparlament der Stadt St.Gallen vom 26. September 2004 wurden die von der ulb wieder kandidierenden Heidi Gerster, Fredy Brunner, Robert Guggenbühl, Christoph Solenthaler und Stephan Braun wieder gewählt. Bei den Wahlen in den Stadtrat konnte Fredy Brunner das beste Resultat der Neu-kandidierenden erzielen (9'706 Stimmen). Mit seiner Wahl ist gewährleistet, dass dem zentralen Anliegen der Nachhaltigkeit auch in der städtischen Exekutive vermehrt Rechnung getragen wird.

Die prominentesten Mitglieder der ulb sind Willi Haag, Regierungsrat des Kantons St.Gallen, und Erika Forster, Ständerätin.

Engagement für konkrete Anliegen

Die ulb engagiert sich auch für konkrete Anliegen. Beispiele: Bei der heiss umstrittenen Erschliessung der Alp Flis im oberen Toggenburg machte der Einsatz der ulb einen guten Kompromiss möglich. Auf dem Gelände des Waffenplatzes Neuchlen-Anschwilen konnte ein vorbildliches Umweltkonzept erarbeitet und umgesetzt werden. Mitglieder der ulb, namentlich der spätere Präsident der ulb, Reto Zingg, waren dabei massgebend beteiligt und engagierten sich auch in der späteren Begleitkommission des Waffenplatzes. Im Dezember 2004 unterzeichnete die ulb einen Appell gegen die Umnutzung im Grossen Moos bei Galmiz FR.

Zurzeit verfolgt die ulb die politische Auseinandersetzung um die Konzessionierung des Flugplatzes Altenrhein. Sie hat ihre Forderungen bezüglich des Lärm-, Gewässer- und Naturschutzes am 24. Juni 2005 in einem Schreiben an Herrn Regierungsrat Willi Haag zur Kenntnis gebracht.

Vorstösse

Unter den erfolgreichen Vorstössen unserer Mitglieder ist derjenige im Gemeindeparlament der Stadt St.Gallen zu erwähnen. Gestützt auf die Forderungen der Klimakonferenz in Rio, niedergelegt in der Agenda 21, lancierte Stephan Braun im Jahre 2002 ein breit abgestütztes Postulat zur beschleunigten Einführung der Agenda 21 in der Stadt St.Gallen. Der Gemeinderat wurde darin verpflichtet, ein Konzept auszuarbeiten und dem Gemeindeparlament regelmässig über die Fortschritte zur Verbesserung der Lebensqualität im Sinne der Nachhaltigkeit Bericht zu erstatten.

Regionalgruppen

Ein Grossteil der Arbeit der ulb geschieht in den Regionalgruppen: Regionalgruppe St.Gallen, Fürstenland-Toggenburg und Rheintal-Werdenberg. Hier finden Diskussionsanlässe, Besichtigungen und Referate statt, meist verbunden mit einem kulinarisch-gesellschaftlichen Teil. Beispielsweise haben Prof. Dr. Hans Christoph Binswanger und Yolanda Kappeler am 8. September 2003 im Restaurant Dufour ein Co-Referat über das Kyoto-Protokoll gehalten unter dem Titel: Wozu verpflichtet sich die Schweiz? - Inhalt und Problematik.

Besichtigungen - Begehungen

Alljährlich organisiert die ulb im Rahmen des Gönneranlasses die Besichtigung eines Betriebs, welcher hinsichtlich Umweltschutzmassnahmen als vorbildlich gilt. So besuchten wir im Sep-

tember 2005 die Firma Stalder in Engelburg, welche metallische Oberflächen korrosionssicher macht, d.h. galvanisiert oder verzinkt oder zu porenfestem Edelstahl verarbeitet.

Ein bis zweimal im Jahr lädt die ulb zu einer Begehung eines naturnahen oder renaturierten Gebietes ein oder besucht eine Einrichtung für Tiere. Ein unvergessliches Erlebnis war der Besuch des Storchenhofes in Kriessern bei Oberriet im Rheintal, auf dem grosszügige Ausgleichsflächen zu sehen und Störche mit Jungvögeln zu bestaunen waren. Im Herbst 2005 hat die ulb Rheintal-Werdenberg zu einer Besichtigung der Stadt Altstätten als Energiestadt eingeladen.

Beibehaltung des Verbandsbeschwerderechts

Zurzeit setzt sich die ulb ein für die Beibehaltung des Verbandsbeschwerderechts auf eidgenössischer wie auch auf kantonaler Ebene. Sie ist der Meinung, dass die teilweise berechtigten Klagen über Verfahrensverzögerungen nicht den beschwerdeberechtigten Vereinigungen angelastet werden können, denn bei praktisch allen Einsprachen der Vereinigung laufen parallel dazu Einsprachen von Privaten. Die Abschaffung würde daher keine Verfahrensbeschleunigung bewirken. Die ulb ist der Meinung, dass die beschwerdeberechtigten Vereinigungen eine öffentliche Aufgabe erfüllen, indem sie für die Einhaltung des Rechts sorgen und ideelle und kulturelle Werte unterstützen. Die hohe Erfolgsquote der Beschwerden zeigt überdies, dass die Vereinigungen verantwortungsvoll und zurückhaltend mit ihrem Recht umgehen.

Kernthemen Energie und Verkehr

Da in nächster Zeit voraussichtlich Abstimmungsvorlagen im Bereich der Energie und den Bürger und Bürgerinnen unterbreitet werden, will sich die ulb in einer speziellen Arbeitsgruppe vermehrt mit dieser Thematik auseinandersetzen. Es handelt sich um folgende Gesetzesentwürfe:

- Stromversorgungsgesetz (StromVG): Den Verteilwerken und Endverbrauchern soll der Zugang zum Strommarkt gewährt werden.
- Änderungen im bestehenden Elektrizitätsgesetz: Der grenzüberschreitende Stromhandel soll eurokompatibel geregelt werden.
- Im bestehenden Energiegesetz werden neue Vorschriften vorgesehen, um die Stromproduktion aus erneuerbaren Energien zu erhöhen.

Als Experte in Energiefragen steht der Gruppe in verdienstvoller Weise Prof. Dr. oec. Hans Christoph Binswanger, Gründungsmitglied und Ehrenpräsident der ulb, zur Verfügung.

Gleichzeitig soll sich die Arbeitsgruppe dem Thema „Verkehr“ zuwenden und eine gesamtschweizerische Sicht einnehmen, jedoch auch für die Interessenwahrung der Ostschweiz sorgen (Anbindung an europäische Zentren, Ausbau der Rheintallinie, gute regionale Verbindungen im Kanton und in der Region Bodensee).

Die Förderung des öffentlichen Verkehrs, die Verlagerung des Transitverkehrs auf die Schiene und Schritte in Richtung Internalisierung der externen Kosten des Verkehrs sind konstante Politikziele.

Martinitreffen – Höhepunkte der ulb

Seit 1993 haben sie die jährlichen Martini-Treffen als fester Bestandteil unseres Jahresprogrammes eingebürgert. Sie sind eine Mischung aus Politik und Kultur, jedoch vor allem ein gesellschaftliches Ereignis. Sie finden immer auf einem Schloss oder einem schlossähnlichen Ort statt und bieten als Menu eine Martini-Gans.

Juli 2007

Johannes Rutz, Flawil

Yolanda Kappeler, St.Gallen